

UNSER ZIEL: BEZAHLBARER WOHNRAUM.

UNMITTELBAR NACH EINZUG IN DEN GEMEINDERAT HAT DIE LINKE IN HEIDELBERG DAS THEMA MIETKOS- TENZUSCHÜSSE FÜR HARTZ IV EMPFÄNGER*INNEN AN- GEPACKT UND KONNTE BEWIRKEN, DASS DIESE FÜR DIE BETROFFENEN ERHÖHT WURDEN. SOGAR EIN NEUES KONZEPT, WIE DIESE ZUSCHÜSSE BERECHNET WERDEN, KONNTE IN HEIDELBERG ER- KÄMPFT WERDEN.

In Tübingen fordert die Gemeinderatsfraktion LINKE/TÜL die Ergänzung der Zweckentfremdungsverordnung um Ferienwohnungen, um gegen die Wohnungsnot vorzugehen.

Auch die linken Kreisräte sind aktiv: vielerorts gibt es Forderungen, Kreisbaugesellschaften zu gründen oder inaktive zu beleben. So z. B. in Böblingen, Tübingen und Reutlingen.

Über diese Beispiele hinaus arbeiten alle Mandatsträger *innen und kommunalpolitischen Arbeitskreise von linken Listen an dem Thema bezahlbares Wohnen für alle. In vielen Fällen sind die Aktiven vor Ort ohne gesellschaftlichen Druck machtlos. Deshalb ist es wichtig, die Linken Listen in Baden-Württemberg zu unterstützen. Die Kontakte in den einzelnen Orten und Kreisen stellen wir bei Interesse gerne her: petra.braun-seitz@kompofo.de
florian.vollert@kompofo.de

Die Kommunen müssen vom Bund und Land bei dieser Auf- gabe entlastet werden. Bis dort die politischen Verhältnisse entsprechend geändert sind fordern wir in den Kommunen:

- Eine Neue Wohnungsgemeinnützigkeit
- Eine 30%-Quote für geförderten Wohnungsbau.
- Aktive Bodenpolitik der Kommunen
- Vergabe in Erbpacht
- Kommunalen sozialen Wohnungsbau

**FREIHEIT.
FRIEDEN.
GLEICHHEIT.
EMANZIPATION.
NACHHALTIGE ÖKOLOGIE.
SOLIDARITÄT.
SOZIALE GERECHTIGKEIT.**

KOMPOFO E.V.

c/o Petra Braun-Seitz
Entenhof 24
72768 Reutlingen

Mail: petra.braun-seitz@kompofo.de
Web: www.kompofo.de

Vorsitzende: Petra Braun-Seitz
(Verantwortliche im Sinne des Presserechts)

**BEZAHLBARE MIETE
STATT FETTER RENDITE!**

**LINKE KOMMUNALPOLITIK
IN BADEN-WÜRTTEMBERG –
RECHT AUF WOHNEN**

WOHNEN IST EIN GRUNDRECHT.

ALS LINKE KOMMUNALPOLITIKER*INNEN SETZEN WIR UNS DAFÜR EIN, DASS ALLE MENSCHEN EINEN ZUGANG ZU BEZAHLBAREM WOHNRAUM HABEN. DABEI DARF MIETE NICHT 30% DES EINKOMMENS ÜBERSTIEGEN. DER SOZIALE WOHNUNGSBAU MUSS ERHÖHT WERDEN. BEI NEUBAUPROJEKTEN FORDERN WIR DAZU EIN 50% QUOTE.

Die aktuelle Situation ist dabei vielerorts eine andere. So steigen die Mieten in Ballungsräumen extrem, viele Menschen werden dadurch aus ihren angestammten Wohnvierteln verdrängt. Auch die angrenzenden Regionen werden zunehmend teurer. Dazu kommt, dass bezahlbarer Wohnraum knapp wird, die Bautätigkeit von kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaften erstreckt sich oft auf hochpreisigen Wohnraum. Mit einem durchschnittlichen Lohn kann man sich kaum noch eine lebenswerte Wohnung leisten. Verkäufer*innen oder Pflegekräfte beispielsweise werden aus ihren Wohnungen in den Städten gedrängt und müssen als Pendler*innen zum Arbeitsplatz fahren. Bei steigenden Kosten und dichter werdenden Verkehr ein soziales und ökologisches Problem.

Als linke Kommunalpolitiker*innen fordern wir deshalb mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir fordern von der Bundespolitik die Mietpreisbremse endlich scharf zu stellen und gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaften wieder zu fördern und steuerlich zu entlasten.

Wohnen - soll wieder kommunale Daseinsvorsorge werden.

Wir wollen eine Neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau. Wohnen soll wieder eine öffentliche Angelegenheit werden ohne Profitinteressen. Dabei orientieren wir uns an dem kommunalen Mietwohnungsbau etwa in Wien, wo die Mehrheit der Wohnungen in städtischem oder genossenschaftlichem Besitz ist. Dadurch kann das allgemeine Mietpreisniveau gesenkt werden.

MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN.

ALS KOMMUNALPOLITIKER*INNEN FORDERN WIR, JETZT FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM IN DEN KOMMUNEN AKTIV ZU WERDEN. AKTIVE BODENPOLITIK UND EINE QUOTE MÜSSEN SOFORT HER!

Aus diesem Grund versuchen wir seit Jahren mit Anfragen, Anträgen und entsprechender Bündnispolitik Druck für eine andere Wohnungspolitik zu machen. Dabei gibt es durchaus auch Erfolge linker Kommunalpolitik, auch wenn klar ist, dass noch viel passieren muss.

In Heidelberg und vielen anderen Kommunen haben sich seit dem Jahr 2000 die Sozialwohnungen halbiert. Die Sozialbindung läuft aus. Als linke Kommunalpolitiker*innen wollen wir aber dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen. So beantragt DIE LINKE im Heidelberger Gemeinderat städtische Flächen nur noch in Erbpacht zu vergeben und so den städtischen Handlungsspielraum auch zukünftig zu erhalten. In Karlsruhe möchten linke Stadträte ein Grundstücksaufkaufprogramm, bei dem 10 Millionen Euro zusätzlich für Grundstücksaufkäufe verwendet werden, zum Zweck der Schaffung von Wohnraum.

In Mannheim stritten die linken Mandatsträger*innen gemeinsam mit dem Bündnis „Mannheimer Bündnis preiswertes Wohnen“ für ein 12 Punkte Programm, das regulierend in den Wohnungsmarkt eingreift und bezahlbaren Wohnraum schaffen soll. Einer der Punkte ist eine Quote für sozialen Wohnungsbau von 30%. Mit knapper Mehrheit konnte dieses Programm im Gemeinderat umgesetzt werden, mit dabei waren SPD und Grüne. Vor der Entscheidung wurden 900 Unterschriften für das Programm gesammelt.

In Weinheim hat sich die linke Gemeinderatsfraktion jahrelang dafür eingesetzt, dass der soziale Wohnungsbau in der Stadt vorankommt. In Zusammenarbeit mit anderen Gemeinderäten und der Verwaltung wurde im Herbst 2017 die Leitlinie für sozialen Wohnungsbau beschlossen. Bei allen Bauvorhaben ab 1.000 qm Bruttogeschossfläche sind preisgeminderte und Sozialwohnungen mit kommunalen Belegungsrechten vorzusehen. Das gilt für öffentliche wie für private Investor*innen. Ein großer Erfolg linker Kommunalpolitik auch außerhalb der Großstädte.

Für eine Quote streiten Linke im ganzen Land, so gab es vor der entscheidenden Sitzung im Heilbronner Gemeinderat eine Protestkundgebung für eine 30%-Quote in allen Neubaugebieten. Im Kreistag wurde von der Linken gefordert, ein ehemaliges Krankenhaus in bezahlbaren Wohnraum umzubauen.

In Freiburg gibt es eine langjährige Auseinandersetzung um bezahlbaren Wohnraum in der linke Kommunalpolitiker*innen mitmischen. Dort ist es gelungen eine 50%-Quote für bezahlbaren Wohnraum einzuführen. Eine wichtige Rolle spielen dafür Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und betroffenen Mietern. Aktuell fordert die LINKE LISTE in Freiburg eine Verpflichtung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft auf bezahlbaren Mietwohnungsbau. Hochpreisige Wohnungen sollen von ihr nicht mehr erstellt werden.

In Reutlingen fordert Die LINKE LISTE im Gemeinderat eine entsprechende Neuausrichtung der dortigen Wohnungsbaugesellschaft, im Sinne einer freiwilligen Wohnungsgemeinnützigkeit und damit die Konzentration auf den Bau von Sozialwohnungen.

LINKE AUCH KOMMUNALPOLITISCH IN BEWEGUNG.

ALS LINKE KOMMUNALPOLITIKER*INNEN BETEILIGEN WIR UNS IN MIETERBÜNDNISSEN, WIE IN HEIDELBERG, FREIBURG UND STUTTGART UND VERSUCHEN GESellschaftlichen DRUCK MIT AUFZUBAUEN.

In Stuttgart entstand so ein Bündnis gegen den Miethai Vonovia. Mittlerweile fordert das Bündnis sogar die Verstaatlichung des Investmentunternehmens. Anspruch linker Politik ist die Ermächtigung der Menschen gegen die Profitinteressen weniger. Auch in den Kommunalparlamenten sehen wir uns als Teil der außerparlamentarischen Bewegung für bezahlbaren Wohnraum. Aus diesem Grund wurden in Stuttgart auch Hausbesetzer von linken Kommunalpolitiker*innen unterstützt.

Mehr Infos zu dem Bündnis: www.recht-auf-wohnen.de